

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



## LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

mit dem im Landtag beschlossenen Haushalt 2011 haben wir eine wichtige Grundlage für unseren Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Wir können jetzt zentrale Projekte des Koalitionsvertrages umsetzen und für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Investitionen in Kinder, Bildung und Vorbeugung, für gute Arbeit, für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen, aber auch unserer Wirtschaft sorgen. Wir nehmen den Gestaltungsauftrag von Politik ernst. Wir wollen die Weichen richtig stellen. Wir werden aktiv gestalten und nicht nur Schadenbegrenzung betreiben. Wir wollen mehr Vor- und weniger Nachsorge – und zwar in allen Politikbereichen.

Wir geben jungen Menschen in NRW neue Perspektiven. Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen. Daher erhöhen wir die Investitionen in Kinder, Bildung und Vorbeugung um rund 1,1 Milliarden Euro. Dieses Geld ist gut investiert. Mit der Abschaffung der Studiengebühren zum kommenden Semester, der Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr, den Qualitätsverbesserungen in den Kitas und dem Ausbau der U3-Betreuung leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit von NRW. Das ist im Interesse der Menschen, der Wirtschaft und auch im Interesse der öffentlichen Haushalte, die langfristig von den wachsenden sozialen Folgekosten entlastet werden.

Auf der kommunalen Ebene wird ein entscheidender Beitrag der präventiven Arbeit geleistet. Wir haben daher eine Reihe von Schritten unternommen, um die schwierige Situation vieler Städte und Gemeinden abzufedern. Dazu zählen unter anderem das Soforthilfepaket mit 300 Millionen Euro, der Stärkungspakt Stadtfinanzen mit 350 Millionen Euro und die Befreiung der Kommunen von der Konsolidierung des Landeshaushaltes. Bei allen notwendigen Maßnahmen muss aber auch klar sein: Der Bund muss sich seiner Verantwortung ebenfalls stellen und die Unterstützung für die Städte und Gemeinden massiv erhöhen.

Wir packen die Energiewende an, denn wir wollen den schnellen Ausstieg aus der Atomkraft, hin zum vollständigen Einsatz von erneuerbaren Energien. Dieses Ziel können wir aber nur erreichen, wenn wir die Kohle als Brückentechnologie einsetzen. Dafür brauchen wir hochmoderne und energieeffiziente Kraftwerke. Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet ist und der Strom auch für die Verbraucher und für die energieintensive Industrie bezahlbar bleibt. Denn NRW ist ein Industrieland und wir wollen, dass das so bleibt.

NRW soll das Land „Guter Arbeit“ sein. Das heißt konkret: Schluss mit Lohndumping. Wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Und wir müssen genau hinschauen, welche Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Zu viele Mini-Jobs und der zügellose Ausbau der Zeit- und Leiharbeit erhöhen den Druck auf die Beschäftigten. Das ist der falsche Weg, denn prekäre Beschäftigung und Mini-Jobs gefährden den Sozialstaat. Und sozial ist nur, was „Gute Arbeit“ schafft. Dazu gehört auch das Mitspracherecht in den Betrieben. Wir werden NRW wieder zum Mitbestimmungsland Nummer eins in Deutschland machen.

Beim Zukunftskonvent der NRWSPD in Oberhausen konnten wir, gemeinsam mit vielen von euch, ausführlich über unsere Konzepte für NRW diskutieren und haben dabei von den Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft große Unterstützung für unseren Ansatz der vorsorgenden Politik erhalten. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir haben ein mutiges und innovatives politisches Gesamtkonzept, mit dem wir NRW und seine Menschen eine gute Zukunft sichern.

Eure Hannelore

ES LIEGT SO NAH UND IST DOCH SO SCHWER

## ARGUMENTE FÜR EINE PRÄVENTIVE UND NACHHALTIGE POLITIKGESTALTUNG

von Stefan Sell

**S**tellen sie sich einfach mal vor, sie erben ein Einfamilienhaus, aber aufgrund fehlender Mittel können sie in den kommenden Jahren keine Reparaturen oder sonstigen Investitionen tätigen. Sie werden das einige Jahre durchhalten können, aber je länger sie von der Substanz leben, umso höher wird die Rechnung ausfallen, die ihnen am Ende präsentiert wird.

Das mag in einfachen Worten eine Situationsbeschreibung sein für das, was wir volkswirtschaftlich gesehen in den vergangenen Jahren erleben mussten. Die Quote der öffentlichen Investitionen – hier nur bezogen auf die Ausgaben für Straßen, Gebäude usw. – ist seit Jahren auf einem derart niedrigen Niveau, dass wir mittlerweile in die Phase des Verfalls der öffentlichen Infrastruktur eingetreten sind. Ökonomisch gesprochen: Die Abschreibungen sind höher als die gesamten Investitionen.

Noch schlimmer sieht es aus im Bereich der Bildungs- und Sozialpolitik, denn hier werden alle Ausgaben, die beispielsweise für Kitas und Schulen getätigt werden, nicht als Investitionen, sondern als „Konsumausgaben“ verbucht – obgleich doch alle Welt von der Wichtigkeit der „Investitionen in das Humankapital“ spricht.

Welche Ratschläge kann man der Politik geben, wenn sie das Ziel verfolgen will, eine präventiv und nachhaltig ausgerichtete Strategie in den Bereichen Bildung und Soziales zu verfolgen?

Zum einen zeigen zahlreichen Studien die Sinnhaftigkeit der Leitlinie „Früh investieren statt später reparieren“. Das bedeutet, dass man „vorne“ in den frühen Jahren deutlich mehr investieren sollte als heute. Die Ausgaben für qualitativ hochwertige Kitas und Grundschulen amortisieren sich belegbar um ein Vielfaches – wenn auch oftmals erst in einigen Jahren. Es geht allerdings nicht nur um ein einfaches Mehr an Geld, sondern eine zweite Leitlinie sollte angesichts der vorliegenden Befunde über den sehr großen Einfluss des familiären Hintergrunds auf die weitere Entwicklung der Kinder sein: „Gerade am Anfang Ungleiches viel stärker ungleich behandeln“, damit die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehenden Kinder und Jugendlichen eine realistische Chance auf kompensatorische Förderung bekommen können.

Die zentrale Aufgabe: Will man wirklich in diese Richtung umsteuern, dann dürfen wir angesichts der „Schuldenbremse“ und der Krisenkostenverlagerung auf die öffentliche Hand nicht länger über die Verbesserung der Einnahmeseite schweigen – sonst wird jeder noch so ambitionierte Ansatz gegen die Wand der Einsparzwänge fahren müssen. ■



Prof. Dr. Stefan Sell,  
Fachhochschule Koblenz

## ZUKUNFTSKONVENT 2011 Verantwortung für NRW - Heute die Zukunft gestalten



### FORUM I EINE ALLIANZ FÜR INFRASTRUKTUR SCHAFFEN

von Jochen Ott



**Jochen Ott MdL, stellv. Vorsitzender der NRWSPD**

**N**ordrhein-Westfalen ist mit mehr als 17 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Bundesland und ein wirtschaftliches Zentrum in Deutschland und Europa. Es ist geprägt durch eine hohe Dichte an Verkehrsnetzen mit mehreren zentralen Knotenpunkten. Die Verkehrsnetze sind die Pulsadern für wirtschaftliches Wachstum und der Garant für mehr Lebensqualität durch Mobilität. Wer heute in die Infrastruktur investiert, sorgt daher für den Wohlstand kommender Generationen.

Auf NRW kommen jedoch erhebliche Mehrbelastungen zu. Bedingt durch die EU-Erweiterung rückt Deutschland ins Zentrum des europäischen Binnenmarkts und NRW wird zum Transitland schlechthin. Ohne einen Ausbau drohen die Verkehrsknotenpunkte in NRW zum Nadelöhr für den europäischen Warenverkehr zu werden, mit entsprechenden Belastungen für die örtliche Bevölkerung.

Zudem ist es in der heutigen Gesellschaft immer wichtiger, mobil zu sein. Der öffentliche Personennahverkehr muss attraktiv gestaltet werden, um den Menschen einen Anreiz zu geben, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Gleichzeitig gilt es, sich intelligenten Lösungen in Bezug auf Umwelt-, Lärm- und Luftbelastungen zu widmen.

Nicht alleine der Ausbau der Infrastruktur, sondern auch die kluge Vernetzung zwischen Güter- und Personenverkehr sowie die Qualität des Angebots sind also von besonderer Bedeutung. Nur so kann der Wirtschaftsstandort NRW gestärkt werden. Investitionen in Infrastruktur sind eine Investition in die Zukunft. ■

### FORUM II KEIN KIND ZURÜCKLASSEN – IN UNSERE ZUKUNFT INVESTIEREN

von Britta Altenkamp und Ute Schäfer



**Britta Altenkamp MdL, parlament. Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion**

**W**enn wir sagen „Kein Kind zurücklassen“, so meinen wir damit ein Versprechen, das am Anfang des Lebens beginnt und sich kontinuierlich fortsetzt. Wir stellen uns bewusst in eine lange sozialdemokratische Tradition der Absicherung von Lebensrisiken. Wir sehen im Aus- und Umbau des Bildungssystems einen wichtigen Schlüssel für die Zukunft, denn wer den gewachsenen Anforderungen heute aufgrund fehlender Bildung nicht gewachsen ist, wird von Arbeitslosigkeit und anderen Risiken besonders stark bedroht. Gute Bildung von Anfang an soll verhindern, dass die Spaltung der Gesellschaft weiter voranschreitet. Dabei hat unser präventiver Politikansatz klare Konturen: Wir wollen die

Reparaturkosten misslungener Biographien vermeiden, wir wollen klare Prioritäten in der Politik, wir wollen Chancen eröffnen und wir wollen dafür auch die Verantwortung übernehmen. Das Gegenmodell zu diesem Ansatz bedeutet: späte und hohe Folgekosten, Beliebigkeit bei den Ausgaben, Ausweglosigkeit für Viele und Debatten um Zuständigkeit.

**Wir setzen auf Prävention statt Intervention. Wir investieren in Bildung und in Familien!**

Die NRW-CDU will bei Kindern und Jugendlichen kürzen. Wir hingegen verbessern durch die Revision des KiBiz die Qualität der Kinderbetreuung, treiben den U3-Ausbau voran, schaffen den Einstieg in die gebührenfreie frühkindliche Bildung, erhöhen die Mittel für die Jugendarbeit von 80 auf 100 Millionen Euro. ■



**Ute Schäfer MdL, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**

**DIE NRWSPD  
GRATULIERT  
IM JUNI...**

### ... ZUM GEBURTSTAG

#### 101 Jahre

Friedrich Foerster  
Hildegard Scharnowsky

#### 100 Jahre

Anton Humpert  
Johanna Berlin  
Magdalena Toller  
Hildegard Peters  
Josefine Fechenbach

#### 99 Jahre

Luzia Cheziak

#### 98 Jahre

Ingeborg Braun  
Herta Hämmerling  
Karl Boch  
Hans Holz

#### 97 Jahre

Margareta Weyers  
Gertrud Salzbauer  
Ewald Tiemann

#### 96 Jahre

Wilhelmine Ritzer  
Luise Masseida

#### 95 Jahre

Johann Klimkiewicz  
Else Hülsmann  
Johanne Borchardt  
Adelhart Zippelius  
Rudi Kremski

### ... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

#### 65 Jahre

Annemarie Lange

#### 60 Jahre:

Hans Schröder  
Siegfried Heyn

#### 55 Jahre

Lothar Bödeker  
Gustav Freytag  
Klaus Schulz  
Hans Dieter Teichgräber  
Günther Schröder  
Hans Begemann  
Joseph Piosik  
Günter Hollensteiner  
Erich Ernst

#### 50 Jahre

Helmut Schleef  
Manfred Mehrwald  
Kurt Kampkoetter  
Anna Cigan  
Gertrud Imbierowicz  
Brigitte Kuno  
Helmut Kühle

## FORUM III MIT VERANTWORTUNGSVOLLER INDUSTRIEPOLITIK FORTSCHRITT UND LEBENSQUALITÄT SICHERN

von Michael Groschek



**Michael Groschek MdB,  
Generalsekretär der NRWSPD**

Wir wollen deshalb in NRW durch Kraftwerkserneuerung alte Dreckschleudern durch neue schadstoffarme Kohle- und Gaskraftwerke ersetzen. Wir werden die energetische Gebäudesanierung vorantreiben. Dazu brauchen wir Dämmstoffe aus der chemischen Industrie, intelligente Ingenieur- und

Handwerksarbeit sowie die Kraft-Wärmekoppelung – ausgebaut auch unter Regie der Stadtwerke. Das schafft Arbeit, schützt das Klima und ermöglicht eine Energieversorgung zu sozialverträglichen Preisen.

**D**ie industrielle Produktion war und ist eine Grundlage unseres Wohlstandes in Nordrhein-Westfalen. Dies muss auch im Zeichen der Energiewende so bleiben. Wir müssen aus dem Atomausstieg einen Umstieg für Arbeit und Umwelt machen. Der Weg zur Versorgung nur mit erneuerbarer Energie ist noch lang. Wir müssen ihn Schritt für Schritt so gehen, dass die Energieversorgung für Verbraucher und Wirtschaft bezahlbar und tagtäglich garantiert ist.

Die vier großen Energieversorger (RWE, E.ON u.a.) müssen mit Milliarden-Investitionen die Energiewende mit beflügeln. Sie dürfen keine Investitionsflucht in ausländische Atomkraftwerke begehen. Eine Vielzahl neuer Kraftwerke ist genehmigt und sollte möglichst schnell ans Netz gehen. Wenn wir dann noch den Ausbau der Windkraft in NRW und die Erschließung von Geothermie als Chance nutzen, können wir Exportweltmeister für Klimatechnik werden. Mit einer „Weltausstellung für Klimaschutz“ wollen wir NRW der ganzen Welt als Schaufenster für ökologische Industrie- und Klimapolitik präsentieren.

Dieser beschriebene Umstiegsplan verlangt bestmöglich qualifizierte Beschäftigte, Unternehmer und Unternehmen die auf Innovation und Investition setzen und eine Politik, die Kraft zur Gestaltung hat. Kurzum: Nach einer starken SPD. ■

## FORUM IV MEHR SPIELRÄUME FÜR KOMMUNEN GEWINNEN PRÄVENTION FÜR NACHHALTIGE KONSOLIDIERUNG NUTZEN

von Marc Herter



**Marc Herter MdL, stellv.  
Vorsitzender der NRWSPD**

Das ist ein erster Schritt, der am Ende rund 950 Mio. Euro in NRW ausmachen wird.

Der Schlüssel, den kommunalen Eigenbeitrag zu erbringen, liegt dabei darin, nachhaltig strukturelle Defizite anzugehen, statt kurzfristig Personal und Sozialausgaben zu kürzen und Beteiligungen und Grundstücke zu versilbern. Dies wird mit einem Blick auf die steigenden Zuschussbedarfe im Bereich der Jugendhilfe – vor allem der Entwicklung der Kosten der Inobhutnahme – besonders augenfällig. Eine Inobhutnahme kostet im Schnitt rund 70.000 Euro pro Jahr. Stetig steigende Fallzahlen sind an der Tagesordnung.

Gerade Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung, der Bildungs- und Integrationsförderung, der sportlichen oder kulturellen Freizeitgestaltung und Hilfen für Familien können als präventive Maßnahmen hier helfen gegenzusteuern. Unser vorsorgender Politikansatz verbindet dabei ein Mehr an Lebensqualität mit der nachhaltigen Absenkung von Defiziten. ■

**D**ie dramatische kommunale Finanzsituation fordert gerade dazu heraus, neue Wege bei der Konsolidierung der kommunalen Finanzen zu gehen und diese in geeigneter Weise von Seiten des Landes zu begleiten. Um es jedoch gleich vorweg zu schicken: Ohne eine aufgabengerechte Finanzausstattung durch Bund und Land ist die Reduzierung der – zwischenzeitlich auf 2,4 Mrd. Euro angewachsenen – jährlichen Nettoneuverschuldung allein aus Kassenkrediten nicht machbar. Die rot-grüne Landesregierung stellt insgesamt gut 650 Mio. Euro zusätzlich in Form einer strukturellen Erhöhung des GFG (300 Mio. Euro) und als Konsolidierungshilfe für notleidende Kommunen (350 Mio. Euro) zur Verfügung. Der Bund konnte in den SGB-II-Verhandlungen zumindest gezwungen werden, in drei Schritten ab 2012 die Kosten für das Sozialgeld im Alter zu übernehmen.

Gerade Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung, der Bildungs- und Integrationsförderung, der sportlichen oder kulturellen Freizeitgestaltung und Hilfen für Familien können als präventive Maßnahmen hier helfen gegenzusteuern. Unser vorsorgender Politikansatz verbindet dabei ein Mehr an Lebensqualität mit der nachhaltigen Absenkung von Defiziten. ■

### TERMINHINWEIS:

## EINLADUNG ZUM AUFTAKT DER CSD-SAISON IN NRW

**Zum Auftakt des Christopher Street Days in NRW laden wir Euch herzlich zu einem Stehempfang ins Parteihaus der NRWSPD nach Düsseldorf ein.**

Ausgehend vom letztjährigen Neujahrsempfang wollen wir eine neue Tradition begründen. Die Lesben und Schwulen in der NRWSPD (Schwusos) wollen gemeinsam mit Euch die CSD-Saison in NRW eröffnen. Wir werden außerdem die Regenbogenfahne am Haus der NRWSPD hissen. Der Empfang soll auch Gelegenheit geben, sich mit Vertretern der Politik auszutauschen! Danach besteht die Möglichkeit, gemeinsam den CSD in Düsseldorf zu erleben.

Anmeldungen bitte per Mail an:  
thorsten.rupp.nrw@spd.de  
**Freitag, 3. Juni 2011, ab 14:00 Uhr**  
**Parteihaus der NRWSPD**  
**Kavalleriestr. 16**  
**40213 Düsseldorf**



### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER:** Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf |  
**REDAKTION:** Christian Obrok | **E-MAIL:** vorwaerts@nrwspd.de | **INTERNET:** www.nrwspd.de